

Harmos-Ausstiegs-Initiative: Unterschriften beisammen

Das Baselbieter Komitee verzögert Einreichung aber bewusst

VON SYLVIA SCALABRINO

Das Komitee «Starke Schule Baselland» hat die nötigen Unterschriften für seine Initiative für den Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat beisammen. Ebenso jene für die Initiative «für fachlich kompetent ausgebildete Lehrpersonen». Für die Harmos-Ausstiegs-Initiative seien bis heute rund 3000 Unterschriften gesammelt worden, also doppelt so viele wie nötig, bestätigt Komitee-Geschäftsführerin Saskia Olsson gegenüber der «Schweiz am Sonntag». Für die zweite Initiative, welche die Fachausbildung des Lehrpersonals der Sekundarstufe 1 wieder an der Uni und nicht mehr an der Pädagogischen Fachhochschule ansiedeln will, sind bis jetzt 2500 Unterschriften zusammengekommen.

Mit dem offiziellen Einreichen der Initiative will sich das Komitee allerdings Zeit lassen. «Die Unterschriften der beiden Initiativen sind seit längerer Zeit in genügender Zahl vorhanden», hält Saskia Olsson fest. «Wir sammeln trotzdem weiter und verzögern die Einreichung bewusst.» Die Landratsvorlagen zu diesen Initiativen sollen nach

Wunsch der Initianten erst vom Nachfolger oder der Nachfolgerin des im nächsten Jahr zurücktretenden SP-Bildungsdirektors Urs Wüthrich vorbereitet werden. «Wir versprechen uns – falls der Wechsel an der Bildungsdirektionsspitze sich tatsächlich bestätigt – eine deutlich grössere Wirkung», sagt Olsson. Wüthrichs Nachfolger solle zudem möglichst der FDP oder der SVP angehören. Das erhöhe die Chance, dass die Anliegen des Komitees eine Chance hätten, glaubt die 22-jährige Ökonostudentin.

DIE INITIANTEN, die ihr Büro beim grünen Birsfelder Landrat Jürg Wiedemann eingerichtet haben, kämpfen auf verschiedenen Ebenen gegen Harmos und Schulreformen im Baselbiet. Im Oktober 2013 haben sie bereits die Initiative für die Beibehaltung des niveaugetrenten Unterrichts eingereicht.

Die Baselbieter Bildungsdirektion nimmt das Vorgehen des Komitees zur Kenntnis und kommentiert es nicht. Wann die inhaltlich zusammenhängenden Volksbegehren in die parlamentarische Beratung und danach zur Abstimmung kommen, ist noch völlig offen.

Schweiz am Sonntag

BS, 27.7.2014